

MEMORANDUM 2009

Von der Krise in den Absturz?

Stabilisierung, Umbau, Demokratisierung

– *Kurzfassung* –

Wirtschaftliche Erschütterungen, öffentliche Verunsicherung, politische Eiertänze

1. Im Strudel der Krisen – die wirtschaftliche, ökologische und soziale Lage

- 1.1 Von der selbstgemachten Rezession in die weltwirtschaftliche Depression? Die Krise des Exportmodells
- 1.2 Kernschmelze mit Billionenverlusten? Die Krise der Finanzspekulation
- 1.3 Mehr statt weniger Treibhausgase: die andauernde Umweltkrise
- 1.4 Stagnierende Löhne, zunehmende Konzentration des Reichtums, Ausdünnung des Sozialstaates: die soziale Krise

2. Halbherzig, widersprüchlich, kontraproduktiv – Kritik der Wirtschaftspolitik

- 2.1 Konjunkturpolitik: tröpfchenweise und wirkungslos
- 2.2 Skandal Schuldenbremse: Fesseln für künftige Generationen
- 2.3 Finanzmarktpolitik: Rettungsschirme ohne Rettung
- 2.4 Trauerspiel europäische Wirtschaftspolitik: kein Konzept und Gefahr des Zerfalls

3. Überwindung der Krisen – Einstieg in einen anderen Entwicklungstyp

- 3.1 Eine andere Finanzmarktpolitik: Verstaatlichung, Reformen und internationale Kooperation
- 3.2 Eine andere Konjunkturpolitik: Stabilisierung und Einstieg in den Umbau der Wirtschaft
- 3.3 Eine andere Sozialstaatsreform: mehr öffentliche Dienste bei guter Arbeit
- 3.4 Eine andere Finanzierung: erst höhere Neuverschuldung, dann höhere Steuern

4. Mobilisierung für eine neue Entwicklungsrichtung

Wirtschaftliche Erschütterung, öffentliche Verunsicherung, politische Eiertänze

Spätestens seit Beginn dieses Jahres mussten sich die Bundesregierung und die Öffentlichkeit in Deutschland von der Vorstellung verabschieden, dass es sich bei den aktuellen ökonomischen Problemen lediglich um eine unangenehme, aber normale Delle einer im Trend robust wachsenden

Wirtschaft handelt. Der Absturz der Produktion im letzten Quartal 2008 kündigte eine Rezession an, die tiefer sein wird als alle vorhergegangenen und in eine lang anhaltende Depression überzugehen droht. Zugleich sprengt die Finanzmarktkrise alle bekannten Größenordnungen, und die Mittel, die ihr entgegengestellt werden, liegen jenseits aller konventionellen Vorstellungen von Wirtschaftspolitik. Vor diesen beiden

ARBEITSGRUPPE ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK

Erschütterungen verblassen in der öffentlichen Wahrnehmung die Krisen der Umwelt und des sozialen Zusammenhaltes, obgleich sie weiter fortschreiten und ihre Bedrohlichkeit sich zuspitzt.

Die Verflechtung von tiefer Rezession, finanzieller Kernschmelze, fortschreitender Umweltzerstörung und sozialer Polarisierung signalisiert eine Krise des gesamten neoliberalen Entwicklungstyps, der sich in den letzten 30 Jahren herausgebildet hat und mittlerweile zur Vorherrschaft gelangt ist. Die Wahrnehmung dieser Tatsache in der Öffentlichkeit ist jedoch undeutlich. Das Gefühl, Zeugen eines weltweiten Einbruchs dramatischen Ausmaßes – mit ungewissem Ausgang – zu sein, ruft vor allem tiefe Verunsicherung hervor. Alte Sicherheiten gelten nicht mehr, neue sind nicht in Sicht.

Bei der Bundesregierung hat die allmählich dämmernde Ahnung über die Dimension und Dynamik der Krisen ein Wechselbad aus Schockstarre, hektischer Aktivität, „außergewöhnlichen Maßnahmen“, rigoroser Rhetorik und beschwörender Gesundheitsbetriei ausgelöst. Nicht ausgelöst hat sie allerdings selbstkritische Überlegungen zu den Fehlleistungen neoliberaler Wirtschaftspolitik, die erheblich zu der aktuellen Misere beigetragen haben. Selbst die in die Diskussion gebrachten „radikalen Maßnahmen“ zielen nicht darauf, die schnelle Stabilisierung mit einer gründlichen Richtungsänderung der Politik zu verbinden. Vielmehr sollen nach einer notstandsbedingten Rettungsaktion die Stabilität und Funktionsfähigkeit des alten Entwicklungstyps wieder hergestellt und die Kosten für diese Maßnahmen auf die Bürgerinnen und Bürger abgewälzt werden.

Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* hat die neoliberale Wirtschaftspolitik seit vielen Jahren kritisiert und durchgreifende Richtungsänderungen gefordert. Diese sollten darauf zielen, den Binnenmarkt zu stärken und dessen Ausweitung mit dem ökologischen Umbau, einer progressiven Sozialstaatsreform und dem Ausbau eines demokratischen öffentlichen Sektors zu

verbinden. In der aktuellen Finanzmarktkrise kommt es zudem darauf an, die Funktionsfähigkeit des Finanzsystems durch unmittelbare Stabilisierungsmaßnahmen und mittelfristige Umgestaltung zu gewährleisten.

1. Im Strudel der Krisen – die wirtschaftliche, ökologische und soziale Lage

1.1 Von der selbstgemachten Rezession in die weltwirtschaftliche Depression? Die Krise des Exportmodells

Die Bundesrepublik wird im Jahr 2009 den stärksten wirtschaftlichen Einbruch seit ihrem Bestehen erleben. Im letzten Quartal 2008 ist die gesamtwirtschaftliche Produktion bereits um 2,1 Prozent gegenüber dem Vorquartal gesunken, stärker als in der EU insgesamt (-1,5 Prozent) und als in den USA (-1,0 Prozent). Für 2009 insgesamt wird mit einem weiteren Rückgang um zwei bis vier Prozent gerechnet. Die Unsicherheit über den weiteren Verlauf der Rezession ist groß. Die wirtschaftswissenschaftlichen Institute, die sich noch vor kurzem vor Optimismus überschlugen, sind nun Vorreiter beim Ausmalen von Katastrophenszenarien geworden. Besonders ärgerlich an diesem Umschlag der Prognosen ist die Tatsache, dass sie nirgendwo auch nur mit einem einzigen selbstkritischen Wort verbunden werden.

Dabei war die Entwicklung keineswegs unvorhersehbar. Es handelt sich zum einen um einen konjunkturellen Abschwung, der bereits Anfang 2008 begann und zunächst auf der Schwäche des vorangegangenen Aufschwungs beruhte. Er wird zum anderen durch die Tatsache verstärkt, dass er sich nicht auf Deutschland beschränkt. In Japan ist der wirtschaftliche Absturz sogar noch stärker, und auch die USA als größte Wirtschaft der Welt befinden sich in einer tiefen Rezession. In den Schwellen- und Entwick-

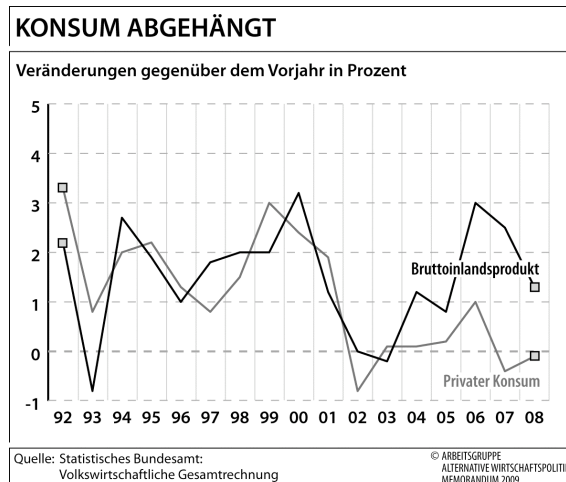
lungsländern – auf die mittlerweile fast die Hälfte der weltweiten Produktion entfällt – nimmt das Wachstum teilweise drastisch ab. Von der Weltwirtschaft wird der deutsche Abschwung, anders als das früher oft der Fall war, nicht aufgefangen und gemildert, sondern vertieft. Ohne außergewöhnlich umfangreiche und intensive wirtschaftspolitische Gegensteuerung besteht die Gefahr, dass er sich zu einer lang anhaltenden und tiefen Depression ausweitet.

In dieser Krise wird die Schädlichkeit der exportorientierten deutschen Entwicklungsstrategie erneut auf eklatante Weise offensichtlich, die wir immer wieder kritisiert haben. Dieses Modell ist durch global agierende Konzerne eingeführt und durch die Wirtschaftspolitik verfestigt worden. Es setzt darauf, deutschen Unternehmen durch Druck auf Löhne und Sozialleistungen Vorteile in der internationalen Konkurrenz zu verschaffen. Versprochen wurde, dass die Position als Exportweltmeister, die Deutschland 2008 zum sechsten Mal hielt, den Verlust an binnenwirtschaftlicher Nachfrage kompensieren und die Beschäftigung und die Einkommen der Menschen in Deutschland sichern würde. Das aber ist auf Dauer schon deshalb unmöglich, weil die Länder, in die exportiert wird, einerseits als reife Industrieländer die gleiche Strategie verfolgen, andererseits als Schwellenländer ihrerseits nicht nur Abnehmer, sondern zunehmend auch Konkurrenten für deutsche Exporteure werden und drittens als arme Entwicklungsländer gar nicht dauerhaft über Kaufkraft zum Erwerb deutscher Produkte verfügen. Wenn die bisherigen Hauptimporteure selbst – wie das aktuell der Fall ist – in die Krise geraten, stößt das deutsche Modell hart an seine Grenzen.

Daher war der Produktionsrückgang im vierten Quartal 2008 in Deutschland auch tiefer als in den anderen großen Ländern der EU, in der Eurozone insgesamt und als in den USA. Schon seit Oktober gingen die Aufträge in der Exportindustrie stark zurück, und im Dezember 2008 brachen sie

für die beiden wichtigsten Exportbranchen der deutschen Industrie noch einmal ein: Elektroindustrie minus 19 Prozent, Maschinenbau minus 40 Prozent. Im Januar exportierte die deutsche Automobilindustrie 39 Prozent weniger Autos als ein Jahr zuvor. 2009 wird der Export insgesamt erstmals seit 1993 nach Verbandsschätzungen um acht bis zehn Prozent abnehmen und den Einbruch der Binnenwirtschaft nicht mildern, sondern beschleunigen.

Die langfristige Schwäche des deutschen Modells liegt in der unzureichenden Entwicklung der binnenwirtschaftlichen Nachfrage, letztlich – da die Nachfrage nach Investitionsgütern immer eine abgeleitete Nachfrage ist – an der schwachen Entwicklung des privaten Verbrauchs und der Staatsausgaben. Auf den privaten Verbrauch entfallen rund 60 Prozent der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Er hängt in erster Linie von der Entwicklung der Löhne und Gehälter der Beschäftigten ab. Die Tatsache, dass die Reallöhne in Deutschland während des vergangenen Aufschwungs – wie schon in den 10 Jahren davor – nicht



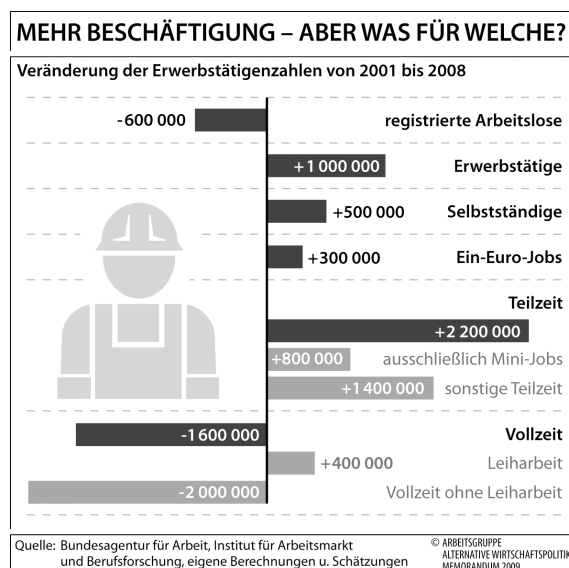
gestiegen sind, sondern abgenommen haben, hat die gesamtwirtschaftliche Entwicklung entscheidend gebremst.

Der zurückliegende Aufschwung – der schwächste in der Geschichte der Bundesrepublik – stellt in dieser Hinsicht sogar einen *historischen Bruch* dar: Anders als früher hat der private Konsum in allen Jah-

ARBEITSGRUPPE ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK

ren seit 2003 weniger zugenommen als die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung. Im Jahr 2007 ist er erstmals in einem Aufschwung absolut (um 0,4 Prozent) zurückgegangen. Das blieb auch 2008 so, obgleich die Löhne und Gehälter seit langer Zeit erstmalig wieder etwas stärker gestiegen sind; diese Zuwächse sind aber durch die hohen Preissteigerungen aufgeessen worden.

Der Druck auf die Löhne, der maßgeblich für die aktuelle Rezession verantwortlich ist, bringt zum einen die für die wirtschaftliche Entwicklung ungünstige Entwicklung der sozialen Kräfteverhältnisse zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zum Ausdruck. Er ist zum anderen wirtschaftspolitisch forciert worden, insbesondere durch die seit 2002 betriebene Agenda 2010, in deren Zentrum die Arbeitsmarktreformen (Hartz I-IV) stehen. Daher ist es auch völlig verfehlt und grenzt an Zynismus, wenn die Bundesregierung immer wieder behauptet, diese Reform sei ein Erfolg für die Beschäftigten in Deutschland gewesen.



Im Gegenteil: die Agenda 2010 war und ist das wichtigste und wirksamste Instrument zur Niederhaltung der Löhne und zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für sehr viele Menschen in Deutschland. Die Bundesregierung weist immer wieder selbstgefällig darauf hin, dass die Zahl der Erwerbstätigen zwischen 2001 und 2008 um

eine Million zugenommen und die Zahl der registrierten Arbeitslosen um 600.000 abgenommen hat. Ein genauerer Blick enthüllt aber die Qualität dieser Zahlen: Die Zunahme besteht zu großen Teilen aus Ein-Euro-Jobs (+300.000), Leiharbeit (+400.000), sowie Teilzeitarbeit (+2,2 Millionen, davon 800.000 Minijobs) und Selbstständigkeit (+500.000), wobei ein erheblicher Teil unfreiwillige Teilzeitarbeit bzw. Scheinselbstständigkeit ist. Demgegenüber ist die Zahl der normalen Vollzeitbeschäftigten (ohne Leiharbeit) um zwei Millionen zurückgegangen. Die Agenda 2010 hat den Aufschwung nicht gestützt, sondern gebremst. Sie wird jetzt wegen des massiven Abbaus ungeschützter Arbeitsverhältnisse den Abschwung beschleunigen.

Die starke deutsche Konkurrenzposition hat überdies außerordentlich problematische Folgen für den Zusammenhalt der Europäischen Union. Der „deutsche Sonderweg“ bei den Löhnen – seit Mitte der 1990er Jahre sind die Reallöhne und die Lohnstückkosten in Deutschland jährlich um mehr als einen Prozentpunkt hinter der Entwicklung in den anderen Ländern des Euroraumes zurückgeblieben – hat die meisten europäischen Handelspartner in Grund und Boden konkurriert. Den deutschen Leistungsbilanzüberschüssen stehen hohe Leistungsbilanzdefizite dieser Handelspartner gegenüber. Die hierdurch zunehmenden innereuropäischen Ungleichgewichte bergen ein wachsendes Konfliktpotenzial, und in der aktuellen Krise können sie den Zusammenhalt der Union gefährden.

In einer besonders kritischen Lage befinden sich zurzeit die osteuropäischen Mitgliedsländer der EU, die in den letzten Jahren ein kräftiges Wachstum zu verzeichnen hatten. Zum einen ist ihre Wirtschaftsstruktur in sehr hohem Maße auf den Export nach Westeuropa ausgerichtet und wird daher von der Krise in der alten EU noch stärker betroffen sein als diese selbst. Das gilt insbesondere für die Betriebe in Osteuropa, die in den letzten beiden Jahrzehnten als ver-

längerte Werkbänke westlicher Konzerne angesiedelt wurden. Zum zweiten befindet sich das osteuropäische Bankensystem zu rund 80 Prozent im Eigentum westlicher Großbanken und wird von der Krise und einer absehbaren Rückführung der Geschäftstätigkeit dieser Banken besonders stark betroffen werden. Drittens werden die schon in den letzten Jahren stark gestiegenen Leistungsbilanzdefizite weiter zunehmen und einen wachsenden Druck auf die Wechselkurse der acht osteuropäischen Mitgliedsländer ausüben, die nicht der Währungsunion angehören (alle außer Slowenien und Slowakei). In allen acht hat es bereits Abwertungen gegeben, und ein Zusammenbruch der ungarischen Währung konnte nur durch einen Beistandskredit des IWF zunächst abgewendet werden.

1.2 Kernschmelze mit Billionenverlusten?

Die Krise der Finanzspekulation

Die Rezession wird von der größten Finanzmarktkrise der letzten 80 Jahre überlagert. Sie wurde ausgelöst durch den Zusammenbruch des US-amerikanischen Marktes für zweitklassige Hypotheken. Dem war eine jahrelange und immer hemmungslosere Spekulation auf den nationalen und internationalen Finanzmärkten vorangegangen, deren plötzliches Ende unvermeidbar und absehbar war. Zur Wucht dieser Spekulationswelle trugen zum einen die Gier, der Größenwahn und die teilweise kriminelle Energie von Managerinnen und Manager des Finanzsektors bei. Sie wurde zum zweiten erleichtert durch die infolge der Deregulierungspolitik erheblich erweiterten Lücken bei der Finanzaufsicht. Den treibenden Hintergrund für die Spekulation stellen aber letztlich die enormen Massen von Finanzvermögen dar, die in den letzten drei Jahrzehnten durch die Umverteilung von unten nach oben und durch die Privatisierung der Rentensysteme zustande gekommen sind und Rendite beanspruchen.

Zwischen 1980 und 2007 ist das nominelle BIP der Welt von 10 auf 55 Billionen Dollar, also auf das Fünfeinhalbfache, angewachsen, das Finanzvermögen dagegen stieg von 12 auf 196 Billionen Dollar, also auf mehr als das Fünfzehnfache. Der Bestand an Finanzvermögen, deren Eigentümerinnen und Eigentümer den Anspruch auf eine Rendite erheben, war also im Jahr 2007 dreieinhalb Mal so hoch wie die jährliche Wertschöpfung, aus der diese Ansprüche befriedigt werden müssen. Im Jahr 1980 waren beide Größen mit 12 bzw. 10 Billionen Dollar noch annähernd gleich gewesen. Diese Ungleichheit der Entwicklung hat zu dem „Druck der Anleger“ auf den Finanzmärkten geführt, der die Finanzmanagerinnen und -manager zu immer riskanteren Spekulationen treibt.

Deutsche Großbanken, öffentliche Landesbanken, Versicherungen und ihre jeweiligen Kapitalanlagegesellschaften haben sich an dieser Spekulationswelle intensiv beteiligt. Banken haben sich zunehmend von ihrer Kernaufgabe der Einlagenverwaltung und Kreditvergabe entfernt, sind ins Wertpapiergeschäft eingestiegen und haben selbst spekuliert. Sie haben Kreditpakete von anderen Banken gekauft und eigene zusammengestellt und vertrieben. Sie haben bereitwillig Kredite an Hedgefonds und Private Equity-Unternehmen gegeben, um deren Übernahmepolitik besonders profitabel für die Geldbesitzer zu machen. Nicht zuletzt haben sie, gegen hohe Provisionen, Zertifikate und „innovative“ Finanzprodukte us-amerikanischer Emittenten wie Lehman Brothers an das Massenpublikum in Deutschland vertrieben. Dies alles hat die Kurse an den Wertpapierbörsen in völlig unrealistische Höhen getrieben. Diese Spekulation ist jetzt zusammengebrochen und die Folgen sind unabsehbar. Die Besitzerinnen und Besitzer von Zertifikaten bankrotter Unternehmen sind entschädigungslos enteignet worden. Aktionärinnen und Aktionäre müssen erkennen, dass der monetäre Zuwachs ihres Finanzvermögens fiktiv war.

Finanzinvestoren, die ihre aufgenommenen Kredite aus steigenden Vermögenserträgen bedienen wollten, geraten ebenso in Schwierigkeiten wie die kreditgebenden Banken. Der Markt für Kreditpakete trocknet aus und der Umfang notleidender Kredite nimmt stark zu. Banken, die in der Vergangenheit Eigenkapitalrenditen von 25 Prozent angestrebt und realisiert hatten, erleiden jetzt dramatische Gewinneinbrüche oder Verluste. Beide gehen in der Regel nicht auf das normale Kreditgeschäft mit Produktionsunternehmen oder Haushalten zurück. Sie bestehen vielmehr vor allem im Verfall der Aktienkurse – und in der damit verbundenen und als Aufwand zu verbuchenden Abwertung des Aktienvermögens – und in der Einstufung von Krediten als „faul“, die unter anderem zum Zweck von Firmenübernahmen an Finanzinvestoren vergeben worden waren. Es handelt sich also zu einem erheblichen Teil zunächst um Buchverluste.

Ob der Kursverfall dauerhaft ist und inwiefern Kredite tatsächlich ausfallen, ist unbekannt. Dies führt zu einer allgemeinen Verunsicherung, als deren Folge die Kreditvergabe zwischen den Banken (der Interbankenmarkt) zum Erliegen gekommen ist. Hieran hat auch die staatliche Garantie in Höhe von bis zu 400 Milliarden Euro kaum etwas geändert, die im vergangenen Herbst von der Bundesregierung abgegeben wurde. Diese Blockade eines mittlerweile völlig risikolosen Geschäftsfeldes durch die Banken zeigt, dass sich deren strategische Orientierung – einzelwirtschaftlich rational, gesamtwirtschaftlich kontraproduktiv – nicht auf die Aufrechterhaltung und Stabilisierung des Kreditsystems, sondern vor allem auf die möglichst günstige Abwicklung und Übertragung ihrer Verluste auf den Staat sowie auf die Vermeidung der mit der Inanspruchnahme von Garantien verbundenen Gebühren und Auflagen richtet.

In diese Richtung zielt auch die Forderung nach einer zentralen „Bad Bank“, die den Banken ihre wertlosen oder zweifelhaften

Wertpapiere und Kredite abkaufen soll. Inzwischen schreitet die staatlich geförderte Konsolidierung voran, und wenn die Krise vorbei ist, wird die Konzentration im Bankensektor, der dann in den Vorstellungen der Banken und der Bundesregierung natürlich wieder privatisiert sein sollte, drastisch zugenommen haben.

Angesichts der allgemeinen Unsicherheit und der vor allem auf die eigenen Interessen ausgerichteten Politik der Banken kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich die Finanzmarktkrise erneut ausweitet, die Grundfunktionen des Finanzsystems untergräbt und im Extremfall außer Betrieb setzt: die Gewährleistung eines reibungslosen Zahlungsverkehrs, die Sicherung der Spareinlagen der Menschen und die Versorgung der Wirtschaft mit Krediten. Diese Funktionen sind öffentliche Güter, deren Erfüllung durch den Staat unter allen Umständen garantiert werden muss und – wie die gegenwärtige Krise zeigt – nur durch den Staat garantiert werden kann.

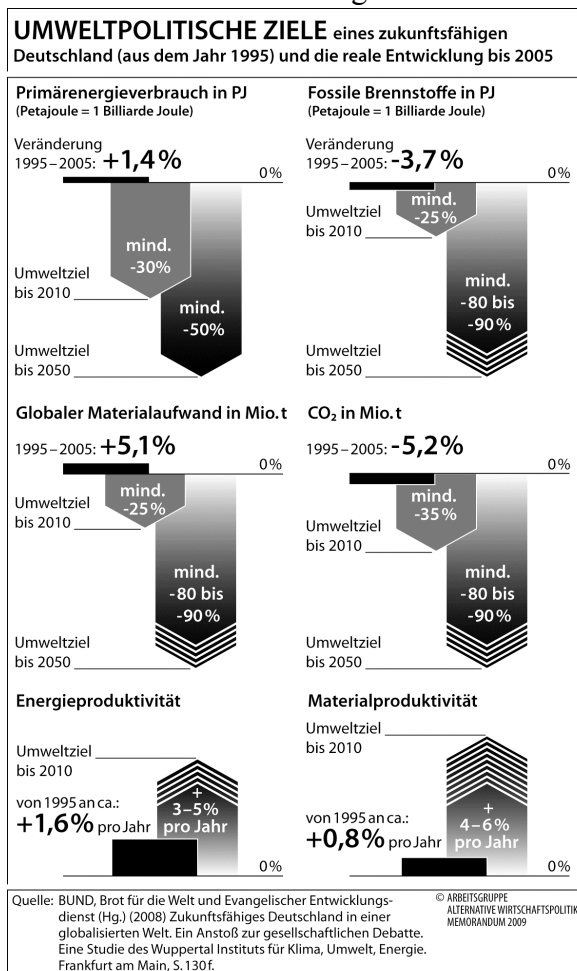
1.3 Mehr statt weniger Treibhausgase: die andauernde Umweltkrise

Die ökologische Krise, die während der vergangenen zwei Jahre im Zentrum zahlreicher Erklärungen, Konferenzen und von der Bundesregierung einberufenen Gipfeltreffen gestanden hat, ist mittlerweile weitgehend von der Finanz- und Wirtschaftskrise aus der öffentlichen Diskussion verdrängt worden. Das liegt vor allem an der extrem kurzfristigen Zeitperspektive der Finanzmärkte und der Unmittelbarkeit, mit der sich die Rezession auf Einkommen, Arbeitsplätze und den heutigen Lebensstandard der Menschen auswirkt.

Demgegenüber erscheinen die ökologischen Veränderungen und insbesondere die Klimaveränderungen, die sich in längeren Zeithorizonten abspielen, als nachrangig. Dabei gerät nicht nur die Dramatik dieser Veränderungen aus dem Blick, die das Überleben

großer Teile der Menschheit gefährdet, sondern auch die Tatsache, dass das Zeitfenster immer enger wird, das für die erforderlichen Veränderungen der Produktions- und Konsumtionsweise noch bleibt.

Weltweit hat die Dynamik der Klimaveränderung durch den CO₂-Ausstoß seit der Rio-Konferenz im Jahr 1992 nicht nur nicht in dem erforderlichen Maße abgenommen, sondern weiter zugenommen. Der globale CO₂-Ausstoß ist zwischen 2000 und 2005 von etwa 23 auf 27 Milliarden Tonnen gestiegen. Nach den Angaben der Internationalen Energieagentur würde bei Umsetzung aller geplanten Maßnahmen zur Energieeinsparung bei fortgeschriebener Entwicklung bis zum Jahr 2030 der energiebedingte Treibhausgasausstoß gegenüber 2005 noch einmal um über 25 Prozent auf rund 35 Milliarden Tonnen steigen.



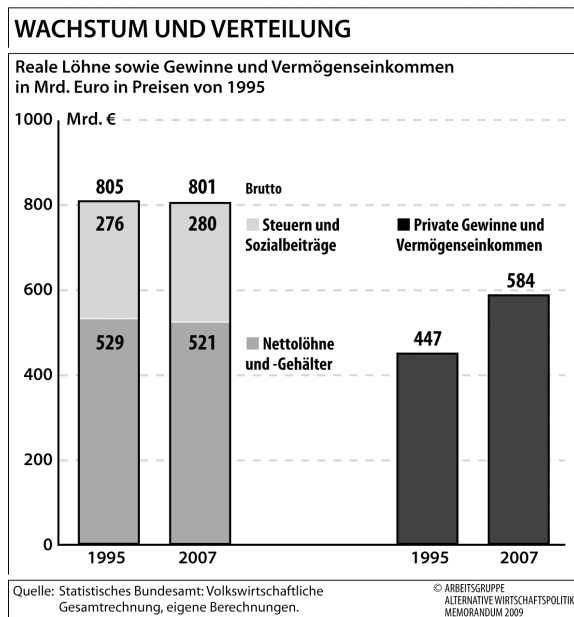
In Deutschland sind der absolute Energieverbrauch und der CO₂-Ausstoß seit 1990

gesunken. Dies war allerdings weniger auf eine energische Umweltpolitik als vor allem auf die Deindustrialisierung Ostdeutschlands in der ersten Hälfte der 1990er Jahre zurück zu führen. Danach verschlechterte sich die Bilanz wieder. Die nachfolgende Übersicht zeigt, dass Deutschland bei wichtigen Indikatoren der umweltpolitischen Entwicklung nicht nur viel zu langsam bei der Verwirklichung der notwendigen Schritte ist, sondern in einigen Bereichen sogar Rückschritte zu verzeichnen hat.

Der auf dem EU-Gipfel im Dezember 2008 in Brüssel im Spannungsfeld zwischen Maßnahmen zur Förderung der Konjunktur und den Erfordernissen zur Senkung des CO₂-Ausstoßes erzielte Kompromiss bedeutet eine Niederlage für eine nachhaltige Klimapolitik. Durch Ausnahmegenehmigungen für Emissionen energieintensiver Branchen in Deutschland und anderen westeuropäischen Ländern sowie die unzureichende Unterstützung der osteuropäischen Länder bei der Umstellung veralteter Kohlekraftwerke wird die Wirksamkeit des Klimapakets zur Erreichung des Ziels, den CO₂-Ausstoß bis 2020 um 20 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren, untergraben.

1.4 Stagnierende Löhne, zunehmende Konzentration des Reichtums, Ausdünnung des Sozialstaates: die soziale Krise

Zur sozialen Polarisierung trägt neben anhaltender Arbeitslosigkeit und ungeschützten Arbeitsverhältnissen vor allem die langfristige Umverteilung von Einkommen von unten nach oben bei. Dies kommt in der folgenden Grafik zum Ausdruck. Die Einkommen der Beschäftigten lagen im Jahr 2007 real brutto wie netto geringfügig *unter* dem Niveau von 1995. Demgegenüber waren die privaten Gewinne und Vermögens-einkommen von 447 auf 584 Milliarden Euro, also um 30,6 Prozent oder ein knappes Drittel, gestiegen.



Dieses Muster enthält eine sich selbst verstärkende Dynamik: Bei Einkommen aus hohen Gewinnen und Vermögen wird ein größerer Teil gespart als bei Einkommen aus niedrigen Löhnen und Gehältern. Die Ersparnis wird angelegt und erzeugt neues arbeitsloses Einkommen, das zum Wachstum des Vermögens beiträgt usw. Die anhaltende Umverteilung der Einkommen zieht also eine zunehmende Konzentration von Vermögen nach sich.

Dies ist erst kürzlich wieder durch eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) bestätigt worden (DIW-Wochenbericht 4/2009). Danach war das gesamte Nettovermögen deutscher Haushalte von 2002 bis 2007 um rund 7 Prozent gestiegen und lag 2007 bei 6,6 Billionen Euro. Hiervon entfielen auf das reichste Zehntel aller Personen 61,1 Prozent (2002: 57,9 Prozent), das reichste Hundertstel besaß 23 Prozent. Die untere Hälfte der Bevölkerung hatte dagegen insgesamt überhaupt kein (0,0 Prozent) Vermögen (2002: 0,5 Prozent). Das Vermögen des ärmsten Zehntels war sogar negativ: Seine Verschuldung entsprach 2007 -1,6 Prozent des Gesamtvermögens (2002: -1,2 Prozent). Die Vermögenskonzentration war also bereits im Jahr 2002 sehr hoch und ist in den darauffolgenden Jahren noch einmal erheblich gestiegen.

Soziale Polarisierung wird auch durch einen Abbau öffentlicher Dienstleistungen bewirkt, auf die insbesondere einkommensschwächere Bevölkerungsschichten angewiesen sind. Hier hat Deutschland besondere Schwächen. Der Anteil der öffentlichen Investitionen am BIP ist in den letzten beiden Jahrzehnten kontinuierlich von 4,8 Prozent im Jahr 1970 auf 1,5 Prozent gefallen und liegt (mit Österreich) am unteren Ende der OECD-Länder. Auch bei den Ausgaben für soziale Dienstleistungen gehört Deutschland zu den rückständigen Ländern, mit 1,9 Prozent des BIP gegenüber 2,3 Prozent im OECD-Durchschnitt, 2,7 Prozent in Frankreich und 7,4 Prozent in Schweden. Bundesweit wurden zwischen Ende 2002 und Ende 2006 mehr als 11 Prozent der Stellen (Vollzeitäquivalente) in öffentlichen und privaten Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe (ohne Kindertagesstätten) abgebaut. Dass in einem der reichsten Länder der Welt 2,4 Millionen Kinder von Armut bedroht sind und 40 Prozent aller Alleinerziehenden – in ihrer großen Mehrheit Frauen – mit rund einer Million Kindern von Hartz IV leben, ist ein anhaltender Skandal.

2. Halbherzig, widersprüchlich, kontraproduktiv – Kritik der Wirtschaftspolitik

2.1 Konjunkturpolitik: tröpfchenweise und wirkungslos

Die Bundesregierung hat die Rezession in Deutschland über den größten Teil des Jahres 2008 nicht ernst genommen und für eine leichte Abschwächung einer ansonsten robusten Konjunktur gehalten. Entsprechend dürftig fiel auch das erste Maßnahmenpaket „Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“ vom 5. November 2008 aus, das angeblich öffentliche und private Investitionen im Umfang von 50 Milliarden Euro anstoßen sollte. Woher diese in einer

Situation nachlassender privater Nachfrage kommen sollen, bleibt schleierhaft. Es handelte sich überwiegend um steuerliche Entlastungen für Unternehmen, durch die keine zusätzliche Nachfrage erzeugt wird. Die vom Bundesverfassungsgericht erzwungene Rücknahme der Kürzung der Pendlerpauschale dürfte hier mindestens so große Wirkungen haben wie die Steuersenkungen in diesem Konjunkturprogramm. Eine Erhöhung der in einer Krise wirksamsten Staatsausgaben, der öffentlichen Investitionen, war nur in einem Umfang vorgesehen, den der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) zu Recht als „putzig“ bezeichnete: 200 Millionen Euro für das Sonderprogramm „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ sowie jeweils eine Milliarde Euro für 2009 und 2010 für das Vorziehen dringlicher Verkehrsinvestitionen. Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* hat dieses Programm bereits in ihrem Sondermemorandum vom November 2008 ausführlich kritisiert.

Erst im Januar 2009 akzeptierte die Regierung die Notwendigkeit, konjunkturpolitisch nachzulegen. Sie beschloss am 13. Januar 2009 einen „Pakt für Beschäftigung und Stabilität in Deutschland zur Sicherung der Arbeitsplätze, Stärkung der Wachstumskräfte und Modernisierung des Landes“, der Mitte Februar 2009 im Parlament verabschiedet wurde. Insgesamt sieht das Paket in den nächsten beiden Jahren zusätzliche öffentliche Ausgaben und Einnahmeausfälle in Höhe von insgesamt 48 Milliarden Euro vor. Die beiden Kernstücke des Programms sind zusätzliche öffentliche Investitionen (18 Milliarden Euro) und Senkungen der Einkommensteuer im unteren Einkommensbereich (9 Milliarden Euro). Darüber hinaus gibt es eine Fülle vor allem steuerlicher Einzelmaßnahmen, deren Wirkungen für die Konjunktur kaum ins Gewicht fallen dürften.

Zusätzliche *öffentliche Investitionen* mit den Schwerpunkten Bildung, Gesundheit und

Verkehrsinfrastruktur sind Schritte in die richtige Richtung. Ein Teil dieser Investitionen kann aufgrund bereits ausgearbeiteter Pläne sofort umgesetzt werden und könnte daher auch eine schnelle positive Wirkung auf die Konjunktur entfalten. Sie sind auch deshalb zu begrüßen, weil sie längerfristig die ökonomische Basis und den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft stärken.

Allerdings bleibt diese prinzipiell positive Beurteilung weitgehend theoretisch, weil der Umfang der öffentlichen Investitionen viel zu gering ist und der Dramatik der Rezession in keiner Weise Rechnung trägt. Die jährlichen Zusatzinvestitionen in Höhe von 9 Milliarden Euro entsprechen einem Impuls von knapp 0,4 Prozent des BIP, – viel zu wenig, um einen nachhaltig wirksamen konjunkturellen Impuls auszulösen. Dazu wäre ein Vielfaches dieses Betrages erforderlich. Selbst die im Rahmen des amerikanischen Konjunkturprogramms vorgesehenen öffentlichen Ausgaben (507 Milliarden US-Dollar aus dem Gesamtpaket von 789 Milliarden US-Dollar), die in etwa ein Volumen von 3,5 Prozent des amerikanischen Bruttoinlandsprodukts (2008: 14,6 Billionen US-Dollar) umfassen, wird von vielen Ökonomen und Ökonomen als zu gering kritisiert.

Diese Kritik gilt in sehr viel stärkerem Maße für das deutsche Programm. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Forderung des früheren Bundeskanzlers Schmidt, dass der Umfang öffentlicher Investitionen dem Doppelten der Abnahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion entsprechen sollte. Bei einem Rückgang der Produktion um drei Prozent wäre also ein Impuls in Höhe von sechs Prozent des BIP erforderlich, das sind rund 150 Milliarden Euro pro Jahr.

Zur *Senkung der Einkommensteuern* im unteren Bereich ist zu bemerken, dass sie erstens grundsätzlich weniger geeignet zur Ankurbelung der Konjunktur sind als direkte öffentliche Investitions- und Personalausgaben. Zweitens ist die Anhebung des Grundfreibetrags in zwei Stufen auf 8.004

Euro und die Senkung des Eingangsteuer-satzes zwar nicht falsch, weil sie niedrigere Einkommen begünstigt. Drittens begünstigt sie auf der anderen Seite keine ganz niedrigen Einkommen, auf die ohnehin keine Steuern zu zahlen sind. Hier hätte eine deutliche Steigerung der Renten und der Hartz IV-Sätze konjunkturpolitisch größere Wirkungen erzielt. Viertens führt die als „Absenkung der kalten Progression“ verkaufte Rechtsverschiebung der Tarifkurve dazu, dass die oberen Einkommensgruppen um 1,4 Milliarden Euro entlastet werden, was sozial ungerechtfertigt und konjunkturpolitisch kontraproduktiv ist.

2.2 Skandal Schuldenbremse: Fesseln für künftige Generationen

Die Bundesregierung hat es zähneknirschend hingegenommen, dass die öffentliche Neuverschuldung infolge der Rezession und der – wenn auch halbherzigen – Gegensteuerung, in diesem Jahr auf rund 50 Milliarden Euro steigt. Statt diese Tatsache jedoch dazu zu nutzen, sich von ihrer irrationalen und kontraproduktiven Position zur Staatsverschuldung zu verabschieden und diese als ein wichtiges wirtschaftspolitisches Instrument anzuerkennen tut sie das Gegenteil. Sie behandelt öffentliche Haushaltsdefizite nach wie vor als wirtschaftspolitische Sünde, von der sich die Politik so schnell wie möglich befreien müsse. In diesem Licht erscheint das Konjunkturpaket nicht nur im Umfang als viel zu gering sondern es trägt auch die Handschrift der Widerwilligkeit und des schlechten Gewissens. Dies kommt schlagend darin zum Ausdruck, dass das Konjunkturpaket am Ende die feste Absichtserklärung enthält, derartige Sündenfälle in Zukunft zu vermeiden. Diese Absicht ist mit den im Februar 2009 getroffenen Vereinbarungen der Föderalismuskommission II verwirklicht worden.

Mit der Einrichtung der „Kommission zur Modernisierung der Bund-Länder-

Finanzbeziehungen“ am 15. Dezember 2006 waren große Erwartungen verbunden. Davon ist kaum etwas übrig geblieben. Stattdessen haben die Kommissionsmitglieder die Einführung einer Verschuldungsbremse für den Bund ab 2011 und ab 2020 ein Verschuldungsverbot der Länder im Rahmen der Finanzierung ihrer Haushalte festgeschrieben.

Bei der Umsetzung dieser neuen Regeln sind zwei Etappen zu unterscheiden. Der Bund muss bis 2016 das Ziel einer Begrenzung der öffentlichen Kreditaufnahme auf 0,35 Prozent des Bruttoinlandprodukts erreicht haben. Das ist nach heutigen Daten eine Begrenzung der Neuverschuldung auf 8,5 Milliarden Euro, die seit Jahren nicht mehr erreicht worden ist. Den Ländern ist es ab 2020 verboten, überhaupt Kredite aufzunehmen. Um bei den finanzschwachen Ländern die Anpassung an die Nullverschuldung zu erleichtern, werden zwischen 2011 und 2019 insgesamt 7,2 Milliarden Euro an Finanzhilfen (jährlich 800 Millionen Euro) zur Verfügung gestellt. Ein Stabilitätsrat aus Vertreterinnen und Vertretern des Bundes und der Länder soll die Einhaltung der Konsolidierungsregeln überwachen. Falls die Finanzierungshilfen nicht streng zur Reduktion der geplanten Neuverschuldung eingesetzt werden entfallen sie.

Die Schuldenbremse des Bundes sowie die Nullverschuldung der Bundesländer ab 2020 sollen die bisher vorgesehenen, ökonomisch begründeten Schuldenregeln durch eine Änderung des Art. 115 GG – für die eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist – aufheben. Die bisherige Begrenzung der Nettokreditaufnahme auf den Umfang der öffentlichen Investitionen, die auch in den Länderverfassungen festgehalten wurde, wird abgeschafft. Auch wird die antizyklische Verschuldung in der Phase eines „gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichts“ massiv eingeschränkt. Konjunkturbedingte Defizite über 1,5 Prozent des BIP hinaus im Abschwung sollen in Zukunft nur dann zulässig sein, wenn sie mit einem Tilgungs-

plan verbunden werden. Ausnahmeregelungen gegenüber der Normallage sind nur bei „Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Notsituationen, die sich der Kontrolle des Staates entziehen“ zulässig (Neufassung Artikel 109 GG Absatz 3). Auch in diesen Fällen ist gleichzeitig ein Tilgungsplan zu beschließen.

Diese Schuldenbremse beim Bund sowie die Nullverschuldung bei den Ländern sind ökonomisch und fiskalisch unsinnig und schädlich. Sie sind Ausdruck des unveränderten neoliberalen Marktfundamentalismus und demonstrieren, dass defizitfinanzierte Konjunkturprogramme eigentlich gar nicht als reguläre und legitime wirtschaftspolitische Instrumente akzeptiert werden. Die Neuregelungen fallen deutlich hinter die selbst schon verfehlten Maastrichtkriterien zurück, die die Nettokreditaufnahme auf 3 Prozent und die Gesamtschulden auf 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts begrenzen. Wenn sie Gesetz und umgesetzt würden, bedeutet das zweierlei:

Erstens werden Bund und Länder künftig nur noch sehr beschränkt schuldenfinanzierte Konjunkturprogramme einsetzen können. Die gerade verabschiedete Kombination von Bankenrettungsprogramm und „Konjunkturprogramm II“ wäre beispielsweise unter der neuen Regel nicht realisierbar. Auch reine Konjunkturprogramme werden dann immer schwieriger und schließlich unmöglich, wenn sie in Zeiten erforderlich werden, in denen bereits ein oder mehrere Tilgungspläne in Kraft sind.

Zweitens würde politisch verhindert, dass Deutschland seinen großen und weiter zunehmenden Rückstand bei den öffentlichen Investitionen in die Infrastruktur, die Bildung und Gesundheit und andere Bereiche der Daseinsvorsorge jemals aufholt, da derartige Investitionen üblicherweise und sinnvollerweise schuldenfinanziert werden. Im Namen der Schuldenfreiheit wird die Zukunft künftiger Generationen aufs Spiel gesetzt.

2.3 Finanzmarktpolitik: Rettungsschirme ohne Rettung

Im Unterschied zur Konjunkturpolitik hat die Bundesregierung in der Politik zur Stabilisierung der Finanzmärkte nicht gekleckert, sondern geklotzt. Am 13. Oktober 2008 verabschiedete das Kabinett den Entwurf für ein Finanzmarktstabilisierungsgesetz, das nach weniger als einer Woche, am 18. Oktober, in Kraft trat. Herzstück ist die Einrichtung eines Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin), der mit Mitteln in der bislang für Wirtschaftspolitik unvorstellbaren Höhe von 500 Milliarden Euro ausgestattet ist, das entspricht einem guten Fünftel des deutschen Bruttoinlandsproduktes von 2008 (2,5 Billionen Euro) und mehr als dem Anderthalbfachen des deutschen Bundeshaushaltes. Hiervon sind 400 Milliarden Euro als Bürgschaften für den Bankensektor und 80 Milliarden Euro für die „Rekapitalisierung“ notleidender Banken vorgesehen.

Der Umfang dieser Mittel und die Geschwindigkeit, mit der sie bereitgestellt wurden, sollten ein für alle Male mit dem Argument aufräumen, dass für wichtige wirtschaftspolitische Maßnahmen kein Geld da sei und auch keines beschafft werden könne. Entscheidend für die Verfügbarkeit von Geld ist offensichtlich der Zweck, für den es verwendet werden soll. Dabei gilt die Rettung von Banken anscheinend als sehr, die Überwindung von Armut ebenso offensichtlich als nicht so wichtig.

Die offizielle Begründung für diese gigantische Rettungsaktion lautet, dass das gesamte Finanzsystem ohne einen solchen Schutzschirm zusammenbrechen könne und dies katastrophale Folgen für die gesamte Wirtschaft und Gesellschaft hätte. Es ist umstritten, ob und inwieweit die These von der Alternativlosigkeit des Schutzschirms tatsächlich realistisch ist, oder ob es sich nicht vielmehr um ein von interessierter Seite angesichts gescheiterter Spekulationsstrategien eingefädelt Manöver zur Beschaf-

ARBEITSGRUPPE ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK

fung staatlicher Subventionen handelte, das die Regierung überrollt und in Panik versetzt hat. Diese Panik wurde sicher durch den Zusammenbruch der us-amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers gefördert und führte zu den enormen Unterstützungsprogrammen in Deutschland und in anderen Ländern.

Allerdings hat die Finanzmarktstabilisierungspolitik der Bundesregierung bislang nicht zur Stabilisierung der Finanzmärkte geführt. Es zeigt sich vielmehr, dass die Banken trotz aller Garantien und trotz vollkommener Risikolosigkeit nicht bereit sind, sich gegenseitig Kredite zu geben. Mit dem Interbankenmarkt fällt jedoch ein ganz wesentliches Glied moderner kapitalistischer Finanzsysteme aus, und das kann die Kreditversorgung des Nichtbankensektors nachhaltig beeinträchtigen.

Die Bundesregierung muss feststellen, dass ihre Angebote – sowohl für Kredite zu bürgen, als auch Kapital in Banken einzubringen, ohne irgendwelche Gegenleistungen zu fordern – kaum angenommen werden und beides nicht zu einer Verhaltensänderung der Banken geführt hat. Von Seiten der Banken wird vielmehr die Forderung erhoben, eine zentrale staatlich finanzierte „Bad Bank“ einzurichten, bei der die Banken alle „toxischen“ Wertpapiere und faulen Kredite abladen können. Auf diese Weise würden sie sich auf einen Schlag aller echten oder möglichen Verluste entledigen und eine neue Runde gewinnbringender Geschäfte starten. Die Risiken lägen beim Staat und müssten in dem Maße, wie sie zu echten Verlusten führen, vom Steuerzahler getragen werden. Präziser kann man die Sozialisierung von Verlusten kaum fordern.

Es ist der Bundesregierung zugute zu halten, dass sie dieser unverschämten Forderung bislang nicht nachgegeben hat. Sie hat bisher vielmehr Garantien in praktisch unbegrenzter Höhe und Kapital in steigendem Umfang gegeben, allerdings ohne dies mit Auflagen oder Eingriffen in die Politik zu verbinden. Nachdem dies nicht den erhoff-

ten Erfolg gebracht hat, ist sie jetzt gefordert, wirksamere Maßnahmen zu ergreifen, um die Blockade des Finanzsystems durch die Banken zu brechen. Es bietet sich an, die bisher erfolgte – für die neoliberale Ideologie schon äußerst ungewöhnliche – „Verstaatlichung“ durch Einbringung staatlichen Kapitals durch einen weiteren Schritt zu ergänzen: die Verstaatlichung durch Enteignung „zum Wohle der Allgemeinheit“ nach Art. 14 GG und Übernahme der Kontrolle über die Geschäftspolitik. Vor diesem Schritt schreckt die Bundesregierung jedoch zurück. Zurzeit ist ihre Position noch immer, alles zu unternehmen, damit das Finanzsystem wieder in Gang kommt, ohne sich grundlegend ändern zu müssen. Symptomatisch für diesen Geist ist schon der Name des am 18. Februar 2009 beschlossenen Entwurfs für ein auf den Einzelfall Hypo Real Estate abgestelltes „Rettungsübernahmegesetz“. Es ist fraglich, ob die Rettung gelingen wird.

Die Wirtschaftspolitik zielt darauf ab, mit ungewöhnlichen Mitteln die bisherigen Strukturen und Funktionsmechanismen wieder instand zu setzen, die zu den sich überlagernden Krisen geführt haben. Es wird relativ viel unternommen mit dem Ziel, dass sich nichts Grundsätzliches ändert. Mittlerweile werden auch die Stimmen wieder unüberhörbar, die vor Eingriffen in den Markt überhaupt warnen und die freiheitliche Grundordnung durch staatliche Politik gefährdet sehen.

2.4 Trauerspiel europäische Wirtschaftspolitik: kein Konzept und Gefahr des Zerfalls

Die europäische Kommission hat auf die Finanzmarktkrise und die Rezession mit vielfältigem Konferenz- und Gipfelaktivismus reagiert. Herausgekommen ist dabei der Konsens, dass Handlungsbedarf besteht – und im Übrigen jedes Land tun könne, was es wolle. Jetzt rächt sich, dass es in den

vergangenen Jahrzehnten nicht gelungen ist – und entsprechende Versuche immer wieder und insbesondere durch die Bundesregierung torpediert wurden – einen engeren wirtschaftspolitischen Koordinierungsmechanismus zwischen den Mitgliedsländern (eine „Wirtschaftsregierung“) zu etablieren. Das im Oktober 2008 von der Kommission veröffentlichte Programm zur Stabilisierung der Finanzmärkte enthält keine konkreten Punkte, und auch das im November veröffentlichte „Europäische Wiederaufbauprogramm“ entpuppt sich bei näherem Hinsehen als Luftblase. Die 200 Milliarden Euro, die dieses Programm anstoßen sollen, bestehen aus der Sammlung der verschiedensten Maßnahmen der Mitgliedsländer sowie aus jeweils 15 Milliarden Euro an Investitionen, die durch die Europäische Investitionsbank finanziert werden sollen.

Das Elend europäischer Wirtschaftspolitik zeigt sich insbesondere in der Finanzpolitik. Zum einen kann die schwere Krise der europäischen Wirtschaft die Institutionen der EU nicht veranlassen, den europäischen Haushalt zum Kampf gegen diese Krise einzusetzen. Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* hat die geringe Höhe dieses Haushaltes immer wieder kritisiert. Dass er in der Krise um keinen Cent aufgestockt wird, kann nur als Skandal bezeichnet werden. Zum anderen hält die Kommission unverändert an den Begrenzungen für die Neuverschuldung der Mitgliedsländer fest, die im Stabilitäts- und Wachstumspakt von 1997 festgelegt worden war. Sie muss zwar zur Kenntnis nehmen und letztlich akzeptieren, dass die Defizitgrenzen durch die – wenn auch halbherzige – Konjunkturpolitik vieler Mitgliedsländer verletzt werden.

Gleichzeitig weist sie aber immer wieder darauf hin, dass die Defizitregeln nach wie vor unverändert gelten. Diesen Fundamentalismus hat die Kommission Mitte Februar 2009 dadurch ins Absurde gesteigert, dass sie gegen sechs Länder Verfahren wegen zu hoher Defizite einleitete. Würden die betroffenen Länder hierauf im Sinne der EU rea-

gieren, müssten sie die Steuern erhöhen (allerdings würden das die Massensteuern und nicht die Gewinnsteuern sein) und/oder die Staatsausgaben senken und sich damit weiter in die Krise manövrieren.

3. Überwindung der Krisen – Einstieg in einen anderen Entwicklungstyp

Gegenüber den teils halbherzigen und teils kontraproduktiven Maßnahmen der Bundesregierung schlägt die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* eine Politik vor, die den schnellen Einsatz sehr viel umfangreicherer Mittel zum Kampf gegen die Krise mit der Weichenstellung für einen alternativen Entwicklungstyp verbindet. Ihre drei Säulen sind eine andere Finanzmarktpolitik, eine andere Konjunktur- und Umbaupolitik und eine progressive Sozialstaatsreform. Dieses Programm wird in den nächsten Jahren rund 150 Milliarden Euro pro Jahr kosten. Seine Finanzierung soll zunächst aus öffentlicher Neuverschuldung gewährleistet werden, später zunehmend aus Steuern erfolgen. Der Aufbau eines progressiven und demokratischen Sozialstaates erfordert langfristig eine höhere Staatsquote.

3.1 Eine andere Finanzmarktpolitik: Verstaatlichung, Reformen und internationale Kooperation

Zur Überwindung der Finanzmarktkrise und zur Rückführung des Finanzsektors in eine Dienstleistungsbranche für Unternehmen und Haushalte schlagen wir fünf Schritte vor:

1. *Verstaatlichung und Kontrolle wesentlicher Banken.* Zur Sicherung der Grundfunktionen des Finanzsektors – Zahlungssystem, Einlagensicherung, Kreditversorgung – übernimmt der Staat wesentliche Anteile systemrelevanter Privatbanken, entweder durch Kauf oder durch Enteignung. Im letz-

teren Fall soll die Entschädigung dem durchschnittlichen Marktwert im Januar 2009 entsprechen. Im Unterschied zu den bisherigen Rekapitalisierungsmaßnahmen übernimmt der Staat aber die Kontrolle über die Geschäftspolitik der Banken und richtet diese vor allem auf die reibungslose Kreditvergabe aus. Solange der Interbankenmarkt (das Geschäft zwischen nicht-staatlichen Banken) nicht funktioniert, nehmen die Banken zur Refinanzierung Mittel bei der Zentralbank auf. Notleidende Kredite und stark abgewertete Wertpapiere werden vom normalen Bankgeschäft abgetrennt, in eigenen Abteilungen schrittweise abgewickelt und in der Regel erst bei Totalausfall bzw. Totalverlust abgeschrieben.

Die Verstaatlichung der Banken ist keine vorübergehende Notmaßnahme mit dem Ziel der schnellen Reprivatisierung, sondern endgültig. Die öffentliche Steuerung der Bankpolitik wird eine Daueraufgabe demokratischer Politik werden. Sie ist mit der derzeitigen Wirtschafts- und Sozialordnung voll vereinbar. Im Grundgesetz sowie in zahlreichen Länderverfassungen – z.B. in Hessen, Bayern und Nordrhein-Westfalen – ist die Überführung in Gemeineigentum zum „Wohle der Allgemeinheit“ ausdrücklich gestattet. Während der letzten Monate hat die Politik immer wieder die Bedeutung eines funktionierenden Finanzsystems als öffentliches Gut betont, und gleichzeitig hat der private Sektor demonstriert, dass er nicht in der Lage ist, dieses öffentliche Gut zu liefern. Die Konsequenz muss sein, die wesentlichen Pfeiler des Finanzsystems als Teil des öffentlichen Sektors zu organisieren. Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* geht davon aus, dass die Übernahme des Bankensektors in den nächsten Jahren zu tatsächlichen Kosten zu Lasten der öffentlichen Haushalte in Höhe von 40 Milliarden Euro führen wird.

2. *Stabilisierung der Märkte.* Gleichzeitig untersagt die Politik per Gesetz oder Verordnung Finanzpraktiken, die sich in den

letzten Jahren als besonders destabilisierend erwiesen haben. Dazu gehören vor allem die Verbriefung von Krediten und der Handel mit Kreditpaketen, der übermäßige Einsatz des Kredithebels bei Unternehmensübernahmen, das spekulative Short-selling, der Vertrieb undurchsichtiger sogenannter strukturierter Produkte und anderer Derivate. Auch dürfen Banken Geschäfte nur mit Unternehmen in Ländern machen, die einer international akzeptierten Finanzaufsicht unterliegen, d.h. sie müssen sich schnell aus allen Offshore-Zentren zurückziehen. Derartige Maßnahmen sind auch im nationalen Alleingang möglich, wie die Beispiele Großbritannien (Verbot von Leerverkäufen oder Short-selling) und Spanien (Verbot von Verbriefung) zeigen.

3. *Bankenreform.* Die Bankenreform, die jetzt unverzüglich in Angriff zu nehmen ist, sollte in drei Richtungen zielen.

Erstens sollte sie die Banken wieder auf ihr Kerngeschäft zurückführen, das in der Verwaltung von Einlagen und der Vergabe von Krediten besteht. Das erfordert vor allem einen radikalen Abbau des Wertpapiergeschäfts, das sich für Banken auf die Ausgabe eigener längerfristiger Anleihen zur Refinanzierung beschränken sollte. Der Wertpapierhandel – und erst recht der Eigenhandel – sollte nicht zu den Aktivitäten einer Bank gehören, und Banken sollten nicht Eigentümer von Kapitalanlagegesellschaften sein. Das bedeutet unter anderem auch, dass der in den letzten 15 Jahren übermäßig aufgeblähte Bankensektor schrumpfen muss. Damit dies nicht zu Entlassungen führt, soll die Arbeitszeit der Beschäftigten verringert und die Qualität des Services verbessert werden.

Zweitens sollte eine Bankenreform die Bedeutung des Interbankenmarktes relativieren, der sich in der Vergangenheit öfter als blockierendes Element des Finanzsystems erwiesen hat. Diese Relativierung kann auf zwei Wegen erfolgen: Zum einen kann die Alternative zur Kreditvergabe zwischen den

Banken, die kurzfristige Einlage bei der Zentralbank (Übernachteinlagen) dadurch unattraktiv gemacht werden, dass der hierfür von der Zentralbank gegebene Zins auf Null gesenkt oder dass er sogar negativ wird, d.h. eine Parkgebühr für bei der Notenbank kurzfristig untergebrachtes Geld erhoben wird. Zum anderen würde die Bedeutung des Interbankenmarktes relativiert, wenn die Kreditvergabe öffentlicher Banken und Finanzinstitute ausgeweitet würde. Darüber hinaus können große Unternehmen auch direkt Zentralbankkredite erhalten.

Drittens muss das Regelwerk von Basel II korrigiert werden, dessen Mängel in der aktuellen Krise offen zutage getreten sind. Der prozyklische und polarisierende Charakter der mikroökonomischen Ausrichtung muss durch einen antizyklischen und ausgleichenden Mechanismus ersetzt werden, der nicht in erster Linie einzelwirtschaftlichen Rentabilitätsorientierungen folgt, sondern Kriterien der Systemstabilität entspricht. Die Teilprivatisierung der Bankenaufsicht durch die Zulassung eigener Risikomodelle der Banken oder externer Begutachtung durch private Ratingagenturen bei der Bonitätsprüfung muss zurückgenommen werden. Bankenaufsicht sollte in vollem Umfang eine öffentliche Angelegenheit sein. Hierzu kann auch eine öffentliche Rating-Agentur nützliche Dienste leisten. Zur Korrektur von Basel II sollte schließlich auch eine Anhebung der Eigenkapitalanforderungen und ihre Differenzierung nach Kreditgruppen gehören. Kredite an Finanzinvestoren sollten mit sehr viel höheren Anforderungen unterlegt werden als Kredite an Kleine und mittlere Unternehmen (KMU).

4. *Reform der Kapitalmärkte.* Sie sollte in erster Linie auf Entschleunigung abzielen, d.h. auf die Verringerung des Umfangs und der Geschwindigkeit der Transaktionen auf den Kapitalmärkten, denn diese waren in den letzten beiden Jahrzehnten sehr viel mehr durch Spekulation als durch eine ra-

tionale Lenkung von Kapital zu reproduktiven Zwecken getrieben. Zur Entschleunigung der Kapitalmärkte sollte eine spürbare *Steuer auf Finanztransaktionen* eingeführt werden, von der nur die erstmalige Ausgabe von Aktien oder Anleihen ausgenommen wäre. Dass dies zu einer Verknappung des Angebots auf den Kapitalmärkten führen würde, muss angesichts des allgemeinen Kapitalüberflusses nicht befürchtet werden. Wenn die Kapitalmärkte in der aktuellen Situation austrocknen, liegt dies an Misstrauen und Risikofurcht und nicht an einer Anti-Spekulationssteuer, durch die Risiken eingeschränkt werden sollen.

Der Umfang von Finanzmarkttransaktionen würde auch dadurch in vernünftiger Weise reduziert, dass der Einsatz des Kredithebels bei Unternehmensübernahmen durch Finanzinvestoren (Private Equity- und Hedgefonds) entweder administrativ *beschränkt* wird (indem z.B. ein Eigenkapitalanteil von mindestens 50 Prozent vorgeschrieben wird) oder *verteuert*, indem die Eigenkapitalanforderungen für derartige Kredite heraufgesetzt werden.

Derivate sollten auf ihre ökonomisch sinnvolle Funktion der Preissicherung zurückgeführt werden. Hierzu reichen einfache zweiseitig verbindliche Termingeschäfte aus, die in standardisierten Formen (Futures oder Swaps) über staatliche oder staatlich beaufsichtigte Börsen abgewickelt werden. Komplexe Strukturen wie Optionen und ihre vielfachen Ableitungen sind hierzu nicht erforderlich und sollten daher auf den Finanzmärkten keine Rolle spielen. Derivate sind grundsätzlich über Börsen zu handeln. Das bedeutet, dass die große Mehrheit der Derivate, die bislang unreguliert (Over the counter, OTC) zirkulieren, entweder aufzulösen oder in börsengehandelte Instrumente zu transformieren sind.

5. *Europäisierung und internationale Kooperation.* Die Finanzsysteme einzelner Länder unterscheiden sich auch innerhalb der Europäischen Union teilweise erheblich,

ARBEITSGRUPPE ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK

und entsprechend haben sich auch unterschiedliche Strukturen der Finanzaufsicht herausgebildet. Das ist kein Schaden, sondern Ausdruck der Vielfalt sozialer Modelle in der EU. Diversität kann in regulatorischer Hinsicht sogar von Vorteil sein. Andererseits haben Globalisierung und Marktintegration die Gefahr der internationalen Ansteckung und Verstärkung von Krisen, insbesondere von Finanzmarktkrisen, verstärkt und die Möglichkeiten von Unternehmen vergrößert, in weniger regulierte Länder auszuweichen (regulatorische Arbitrage) und so einen Deregulierungswettlauf auszulösen.

Dieser Gefahr muss durch bessere internationale Kooperation bei der Finanzaufsicht begegnet werden. Dies gilt insbesondere für die EU: Sie sollte jede weitere Deregulierung der Finanzmärkte stoppen und sich darauf konzentrieren, einheitliche Mindeststandards für die Beaufsichtigung und Regulierung der Finanzmärkte zu entwickeln. Ein erster notwendiger Schritt könnte die Einrichtung eines Frühwarnsystems auf europäischer Ebene sein. Darüber hinaus ist auch eine verstärkte Kooperation und Abstimmung der Währungspolitik erforderlich. Dies sowohl zwischen den Mitgliedern der Währungsunion und den Mitgliedern der EU, die nicht der Währungsunion angehören, als auch mit den außereuropäischen Finanzzentren. Die Einrichtung von Wechselkurszielzonen und Interventionsregeln könnten hierfür geeignet sein.

3.2 Eine andere Konjunkturpolitik: Stabilisierung und Einstieg in den Umbau der Wirtschaft

Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* schlägt als Alternative zur halbherzigen Politik der Bundesregierung ein umfassendes öffentliches Konjunktur-, Beschäftigungs- und Umbauprogramm in Höhe von jährlich 110 Milliarden Euro für zunächst die nächsten fünf Jahre sowie Ar-

beitszeitverkürzungen im öffentlichen Sektor und die Förderung von Arbeitszeitverkürzungen in der Privatwirtschaft vor. Von diesem Betrag sollen 75 Milliarden Euro in öffentliche Investitionen, 18 Milliarden Euro in öffentlich geförderte Beschäftigung und die Unterstützung von Arbeitszeitverkürzungen sowie 17 Milliarden Euro in die Förderung des Konsums durch die Anhebung der Sätze für das Arbeitslosengeld II gehen. Das Programm soll zunächst vollständig und dann abnehmend über höhere öffentliche Neuverschuldung finanziert werden. Mittelfristig sind die Steuereinnahmen durch Bekämpfung der Steuerflucht, Einführung einer Vermögensteuer, Anhebung der Körperschaftsteuer und des Spitzensatzes bei der Einkommensteuer zu erhöhen.

75 Milliarden Euro jährlich für ein öffentliches Investitionsprogramm: Die Höhe von 75 Milliarden Euro des von uns vorgeschlagenen öffentlichen Investitionsprogramms entspricht knapp drei Prozent des BIP im Jahr 2008 und trägt der Dramatik des aktuellen wirtschaftlichen Einbruchs Rechnung. Wir gehen bei unseren Vorschlägen für die Verwendung dieser Mittel von einem weiten Investitionsbegriff aus, der auch die für das Funktionieren neu eingerichteter oder ausgebauter Institutionen wie Kindertagesstätten, Schulen oder Krankenhäuser unerlässlichen Personalausgaben mit umfasst. Wir schlagen vor, die öffentlichen Investitionen insbesondere in folgenden Bereichen aufzustocken.

30 Milliarden Euro jährlich zusätzlich für Bildung: Die Defizite in diesem Bereich sind gut dokumentiert. Die diversen PISA-Studien werfen Schlaglichter auf die unzureichende Leistungsfähigkeit des deutschen Bildungssystems, und die Daten der OECD zeigen seine Unterfinanzierung im internationalen Vergleich. Gleichzeitig betonen alle politischen Kräfte immer wieder die große Bedeutung eines leistungsfähigen Bildungssystems für die Zukunftsfähigkeit

des Standortes. Sogar Chancengleichheit soll mit mehr Bildung erreicht werden. Konkret geschieht allerdings viel zu wenig.

20 Milliarden Euro jährlich zusätzlich für die kommunale Infrastruktur: Das deutsche Institut für Urbanistik hat für den Zeitraum von 2006 bis 2020 einen kommunalen Investitionsbedarf in Höhe von 704 Milliarden Euro (in Preisen von 2000) berechnet (Krankenhäuser 31, Schulen 73, ÖPNV 38 Milliarden Euro etc.), von denen 75 Milliarden Euro durch die laufenden Haushalte der Kommunen nicht abgedeckt sind.

15 Milliarden Euro jährlich zusätzlich für die Bahninfrastruktur: Wichtiger Punkt für einen ökologischen Umbau der Gesellschaft ist eine andere Verkehrspolitik. Die Bahninfrastruktur ist seit der Überführung der Bahn in eine privatrechtliche AG unterfinanziert. Die damaligen Finanzierungszusagen wurden nicht eingehalten. Vor allem die Bahnanbindungen in der Fläche werden seit Jahren abgebaut. Der technische Zustand des Gleisnetzes ist insgesamt ungenügend. Für die massive Verlagerung von Güterverkehr auf die Bahn fehlen die entsprechenden Kapazitäten. Die zusätzlichen Mittel aus den Konjunkturprogrammen der Bundesregierung können die notwendigen Gelder nicht annähernd sicherstellen.

5 Milliarden Euro jährlich zusätzlich für Kultur: Kultur ist ein wichtiger Faktor für die Lebensqualität der Menschen. Kulturelle Bedürfnisse, die nicht über Märkte abgedeckt werden können, müssen von der öffentlichen Hand getragen werden. Mehr Investitionen für Kultur sind eine sinnvolle Ausgabe. Dabei geht es vor allem um eine Unterstützung von vielen kleinen Initiativen. Die Ausgaben erstrecken sich über alle Ebenen (Bund, Länder, Kommunen) und fördern auch private Initiativen.

5 Milliarden Euro für die Förderung des ökologischen Umbaus: Die Gelder werden

in einen Fonds eingespeist, der Beratungsleistungen zur ökologischen Sanierung von Unternehmen anbietet und die Umsetzung dieser Vorschläge fördert. Es handelt sich um eine Anschubfinanzierung. Die Leistungen an Unternehmen werden über günstige Kredite ausgegeben. Über Ressourceneinsparungen rechnen sich die Investitionen der Unternehmen. Mit der Ausgestaltung eines solchen Fonds orientiert sich die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* an entsprechenden Vorschläge des Wuppertaler Instituts für Klima, Umwelt, Energie.

Ausweitung öffentlich geförderter Beschäftigung (18 Milliarden Euro): Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* hat in früheren Gutachten bereits aufgezeigt, dass insbesondere bezüglich der „Geißel“ Arbeitslosigkeit zusätzlich zur Verbesserung der makroökonomischen Rahmenbedingungen eine Ausweitung *öffentlich geförderter Beschäftigung* erforderlich ist. Für diesen Bereich sind Arbeitsbedingungen und Löhne zu gewährleisten, die nicht zur Prekariisierung der Lebensverhältnisse führen. Dafür setzt die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* insgesamt jährlich 18 Milliarden Euro an.

Förderung des Konsums (17 Milliarden Euro): Zur Förderung des Konsums ist die direkte Anhebung der untersten Transfer-einkommen sehr viel wirksamer als die von der Bundesregierung beschlossene Steuer-senkung, von der die große Zahl der Menschen mit Niedrigeinkommen gar nichts hat. Wir schlagen deshalb vor, solange das ALG II noch nicht abgeschafft und durch eine sozialstaatlich angemessene Unterstützung von Arbeitslosen ersetzt worden ist, seinen Satz in einem ersten Schritt auf 450 Euro anzuheben. Dies würde etwa 17 Milliarden Euro an staatlichen Mehrausgaben erfordern, die unmittelbar einen gleich großen Konsumschub auslösen würden. Diese Maßnahme könnte sofort umgesetzt werden.

Arbeitszeitverkürzung

Arbeitszeitverkürzung ist schon im Aufschwung ein unerlässliches Mittel, um die langfristig größer werdende Lücke zwischen Erwerbspersonenpotenzial und Arbeitsvolumen zu schließen. In der aktuellen Krise gewinnt diese Forderung zusätzliche Aktualität. Der Vergleich des gesamtdeutschen Arbeitsmarktes von 2008 mit dem der Bundesrepublik (ohne DDR) von 1960 zeigt das ganze Ausmaß der Arbeitsplatzlücke: Während das Arbeitsvolumen nur geringfügig (um 2,7 Prozent) zugenommen hat, ist das Potenzial der Erwerbspersonen von 26,3 Millionen auf 44,4 Millionen Personen gewachsen. Das bedeutet, dass sich heute 69 Prozent mehr Menschen um das gleiche Arbeitsvolumen bewerben als 1960. Diese Entwicklung wurde bis in die Mitte der 1970er Jahre durch eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 44 auf 40 Stunden einigermaßen ausgeglichen. Seit diesem Zeitpunkt ist die Arbeitszeitverkürzung jedoch praktisch zum Stillstand gekommen und die langfristige Abnahme des Arbeitsvolumens schlägt sich in höherer Arbeitslosigkeit nieder.

Angleichung in Ostdeutschland

Die strukturellen Defizite und Fehlentwicklungen in den neuen Bundesländern (NBL) bestehen als Ergebnis der ökonomisch gescheiterten Vereinigungspolitik nach wie vor fort. Die beiden Hauptprobleme der NBL sind zum einen die unbewältigten Folgen des demografischen Wandels und zum anderen die unzureichende Wachstumsdynamik. Diese Probleme lassen sich nur mit einer qualitativ neuen, innovationsintensiven Entwicklungsstrategie lösen, in der die Erfordernisse eines sozial-ökologischen Umbaus im Zentrum einer stabilen, weiteren regionalen Wachstumsförderung stehen. Dazu sind höhere Investitionen in die Wertschöpfung Ost unerlässlich. Die Politik steht vor der Alternative, die komplexen Bedingungen für eine solche innovative, zukunftsorientierte und koordinierte Entwick-

lungsstrategie zu sichern, um die wirtschaftliche Leistungskraft Ostdeutschlands schneller an das Niveau der westdeutschen Bundesländer heranzuführen und die grundgesetzliche Forderung nach gleichwertigen Lebensbedingungen durchzusetzen, oder aber die Perspektive Ostdeutschlands als eine zurückbleibende und von weiteren staatlichen Finanztransfers abhängige Region dauerhaft zu verfestigen.

3.3 Eine andere Sozialstaatsreform: mehr öffentliche Dienste bei guter Arbeit

Die mit der Krise und den verschiedenen Rettungsaktionen neu belebte Diskussion über die Rolle des Staates im modernen Kapitalismus sollte sich nicht darauf beschränken, den Staat als Notarzt in Anspruch zu nehmen und als Regulator widerwillig zu akzeptieren, im übrigen aber entweder als Fremdkörper zu betrachten oder auf eine Rolle zur Schaffung und Stabilisierung privater Märkte zu reduzieren. Sie sollte den Staat vielmehr als zweite eigenständige Säule der gesellschaftlichen – ökonomischen und sozialen – Reproduktion betrachten und die Rolle des öffentlichen Sektors stärken und ausweiten.

Eine Vorbildfunktion können hier die skandinavischen Länder haben: Trotz allen neoliberalen Drucks, dem auch sie ausgesetzt sind, unterhalten sie einen starken öffentlichen Sektor als Grundlage qualitativ hochwertiger Sozialleistungen. In Dänemark beispielsweise entfallen auf 1000 Einwohnerinnen und Einwohner 156 Beschäftigte im öffentlichen Dienst (ohne öffentliche Unternehmen), in Schweden liegt die entsprechende Zahl bei 155. Demgegenüber kam Deutschland 2007 auf weit weniger als die Hälfte, nämlich 68 öffentlich Beschäftigte auf 1000 Einwohnerinnen und Einwohner. Der öffentliche Sektor sollte als eigenständiger Investor und Erbringer von qualitativ hochwertigen Dienstleistungen für die gesamte Gesellschaft betrachtet und

entsprechend ausgestaltet werden. Dafür sind eine Ausweitung der öffentlichen Mittel, eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und eine Demokratisierung der Strukturen des öffentlichen Sektors erforderlich.

Eine dauerhafte Ausweitung und Aufwertung des öffentlichen Sektors ist gerade angesichts neuer Anforderungen an soziale Dienstleistungen in der Gesellschaft notwendig. Sie ergeben sich aus dem demografischen Wandel und aus der zunehmenden Erwerbstätigkeit von Frauen und betreffen insbesondere die Bereiche Kinderpflege und -betreuung sowie Altenpflege. Auch hier bleibt Deutschland mit Ausgaben in Höhe von 1,9 Prozent des BIP international hinter dem OECD Durchschnitt (2,3 Prozent) oder Frankreich (2,7 Prozent) zurück, ganz zu schweigen von Schweden (7,4 Prozent) und Dänemark (5,9 Prozent). Wir schlagen daher vor, die Mittel für Kinderbetreuung in den nächsten drei Jahren stark zu erhöhen.

Der notwendige Ausbau sozialer Dienstleistungen sollte aber nicht auf dem Weg erfolgen, der mittlerweile unter dem Druck des Bedarfs auch in Deutschland besritten wird: mit möglichst billigen Arbeitskräften, die in prekären Arbeitsverhältnissen – Mini-jobs, Ein-Euro-Jobs, Kurzfristverträge – beschäftigt werden. Der Widerspruch zwischen steigenden Qualifikationsanforderungen und prekären Arbeitsbedingungen führt zu schlechter Qualität der Dienstleistungen.

Die derzeitige Tendenz in Deutschland, diesen Teufelskreis durch den Einsatz von beruflich qualifizierten, aber arbeitslosen Ein-Euro-Job-Kräften durchbrechen zu wollen, treibt die Absurdität auf die Spitze: Fachkräfte werden arbeitslos gemacht, weil die bestehende – und wachsende – gesellschaftliche Nachfrage nach ihrer Leistung nicht mit ausreichender Kaufkraft ausgestattet wird. Die Arbeitslosen werden dann fast zum Nulltarif wieder zeitweilig eingegliedert, wozu sie unter dem Druck der Arbeitslosigkeit und in Anbetracht ihres beruflichen Engagements sehr häufig auch bereit

sind. Dies ist nicht nur zynisch, sondern auch eine politische Bankrotterklärung. Krasser könnte der Gegensatz zu einer angesichts der Verschiebung in der Alterspyramide erforderlichen Strategie für öffentliche Dienstleistungen nicht sein. Ähnliches geschieht, wenn soziale Dienstleistungen privatisiert werden, um die öffentlichen Haushalte zu entlasten.

Als Alternative zu dieser regressiven Strategie fordern wir eine progressive Sozialstaatsreform, in der qualitativ hochwertige Dienstleistungen von gut ausgebildeten Arbeitskräften in ausreichender Anzahl erbracht werden, die unter guten und tariflich abgesicherten Arbeitsverhältnissen leben. Die Beispiele der skandinavischen Länder zeigen, dass dies bei entsprechendem politischen Willen und entsprechender Finanzausstattung möglich ist und im Ergebnis zu einer besseren wirtschaftlichen Entwicklung führt.

3.4 Eine andere Finanzierung: erst höhere Neuverschuldung, dann höhere Steuern

Zur Finanzierung des von uns vorgeschlagenen Antikrisen- und Umbauprogramms sollten folgende Grundsätze berücksichtigt und ideologische Tabus gebrochen werden:

a. Höhere öffentliche Neuverschuldung: Im Kampf gegen eine kumulative Beschleunigung der Rezession sind nicht nur umfangreiche Mittel, sondern auch ein hohes Tempo erforderlich. Dies gebietet es, das Konjunktur- und das Finanzmarktprogramm zunächst ausschließlich über öffentliche Neuverschuldung zu finanzieren. Auf diese Weise werden schnell die höchsten Nachfragewirkungen erzielt, auf die es gegenwärtig vor allem ankommt. In einer Situation, in der Geldvermögensbesitzer wegen der Unsicherheit der Finanzmärkte in erster Linie Sicherheit suchen, können Staatsanleihen zu besonders günstigen Bedingungen aufgenommen werden. Auch wenn die Sta-

bilisierungspolitik erfolgreich ist, wird öffentliche Neuverschuldung als zentrales Element antizyklischer Politik eine wesentliche Rolle spielen. Wenn es gelingt, durch defizitfinanzierte Staatsausgaben die Konjunktur wieder in Gang zu bringen, die wirtschaftliche Entwicklung zu stabilisieren und die ökologischen Schäden zu vermindern, werden die staatlichen Steuereinnahmen und die Einnahmen der Sozialversicherungsträger steigen, während die sozialen und ökologischen Reparaturausgaben sinken. Durch diesen Selbstfinanzierungseffekt wird staatliche Stabilisierungs- und Umbaupolitik erheblich billiger, und ihre Kosten sind in jedem Fall geringer als die wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und auch politischen Kosten staatlicher Untätigkeit.

b. Höhere Steuern auf Gewinne und Vermögen: Zur mittelfristigen Beseitigung der ungerechten und ökonomisch kontraproduktiven Einkommens- und Vermögensverteilung, welche Rezessionen und die Aufblähung der Finanzmärkte befördern, sollten die Steuern auf Erbschaften und Vermögen sowie jene auf hohe Privateinkommen angehoben und nicht re-investierte Gewinne jenseits einer angemessenen Unternehmerentlohnung weitgehend abgeschöpft und zur Finanzierung wirtschaftspolitischer Stabilisierungsprogramme verwendet werden. Auch ein energischeres Vorgehen gegen Steuerhinterziehung und gegen andere Formen der Wirtschaftskriminalität wird zu höheren öffentlichen Einnahmen führen.

c. Eine höhere Staatsquote: Auf Dauer ist zur Finanzierung der geforderten progressiven Sozialstaatsreform sowie eines größeren und bürgerfreundlichen öffentlichen Sektors als Alternative zum regressiven Sozialstaat ein höheres Niveau staatlicher Ausgaben unabdingbar, das im Regelfall auch durch reguläre staatliche Einnahmen zu finanzieren ist. Die Kernfrage, um die es hier geht,

ist die Erhöhung der Staatsquote, insbesondere des „Staatskonsums“, die für eine derartige neue Weichenstellung erforderlich ist. Es führt kein Weg um die Einsicht herum, dass die Staatsquote erhöht werden muss, um eine quantitativ ausreichende und qualitativ hochwertige Versorgung mit sozialen Dienstleistungen zu erreichen. Eine höhere Staatsquote und gute soziale Dienstleistungsarbeit sind zwei Seiten einer Medaille.

4. Mobilisierung für eine neue Entwicklungsrichtung

Die aktuellen Erschütterungen und Krisen haben die ideologische Verbohrtheit des Marktradikalismus in die Defensive gedrängt. Sie haben die Gier und den Größenwahn vieler Managerinnen und Manager von Banken und anderen Finanzinstituten diskreditiert. Politikerinnen und Politiker, die diesen Managerinnen und Manager noch vor kurzem rote Teppiche ausgerollt haben, sind verunsichert. Dies schafft Spielräume für eine Änderung der Politik. Diese wird aber nicht von selbst auf dem Rücken der Krise kommen. Denn die Macht und die treibenden Kräfte, die hinter den jetzt ins Zwielficht geratenen Gallionsfiguren stehen, sind weder verschwunden noch besiegt. Sie treten bereits wieder stärker mit der Mahnung in die Öffentlichkeit, bei aller Kritik das Kind nicht mit dem Bade auszuschütten. Einer gründlichen Richtungsänderung der Wirtschaftspolitik hin zu einem neuen Entwicklungstyp, werden sie nach wie vor harten Widerstand entgegensetzen. Diesen zu überwinden, erfordert großen politischen Druck, der durch eine breite soziale Mobilisierung erzeugt und getragen werden muss. Die Grundlage für eine dauerhafte Überwindung der aktuellen Krisen und die Einleitung eines neuen Typs der Entwicklung ist eine umfassende Demokratisierung der Wirtschaft.